

SED-Maßnahmen gegen Dienstverweigerer

KVP-Desertion mit bisherigen Mitteln nicht mehr einzudämmen

Die derzeitige und bisher größte Rekrutierungskampagne für die sowjetzonale Armee ist auf Schwierigkeiten gestoßen, die zu ernstesten Rückwirkungen führen. In keinem Bezirk ist es gelungen, mehr als 70 Prozent der bis zum 30. Juni geforderten Rekrutierungszahl zu erreichen. Die Flucht von 17- bis 23jährigen Jugendlichen nimmt Ausmaße an, mit denen die SED nicht gerechnet hat. Eine Reihe außergewöhnlicher Maßnahmen soll Abhilfe schaffen:

1. Die Ausdehnung des gegen die Zonenflucht errichteten Sperrgürtels um Gesamtberlin auf benachbarte Sowjetzonenkreise. In diesem „Auffanggebiet“ sollen alle Jugendlichen aufgehalten werden, die unter dem Verdacht stehen, sich dem Dienst in der KVP durch die Flucht nach Westberlin zu entziehen.

2. Die Entfaltung eines „psychologischen Feldzuges“, um die Jugendlichen durch ihre unmittelbaren Angehörigen, Kollegen und Freunde mit dem Appell an Ehrgeiz und Eitelkeit in die KVP zu treiben.

Die Erweiterung des „Ringes um Berlin“ ist inzwischen bereits eingetreten. Verstärkte Volkspolizeikontrollen in Fernzügen und auf der Landstraße halten in den betroffenen Kreisen jeden wehrfähigen Jugendlichen an, um Reisegrund und Personalpapiere zu überprüfen.

Weiter wurden in die Kreise des „Auffanggebiets“ zahlreiche Funktionen neu besetzt, die in irgendeiner Form in die Volkspolizei - Werbung eingeschaltet sind. Während im Bezirk Potsdam aus diesem Grunde 14 SED- und FDJ-Sekretäre ihre Posten mit Kollegen aus Sachsen tauschen mußten, wurden im Bezirk Frankfurt/Oder vorerst drei Sekretäre der „Gesellschaft für Sport und Technik“ abgelöst. Es wird ihnen vorgeworfen, die KVP-Werbung „zu weich“ betrieben zu haben.

Der Druck auf die Jugendlichen wird immer stärker. Abitur und Lehrabschlussprüfung werden von der „Freiwilligen-Vereinerung“ maßgeblich beeinflusst, die Jugendlichen lange vor ihrer Militäreife auf die Rekrutierung schriftlich festgelegt. Ist die Verpflichtung erfolgt, lassen SED und FDJ den „Freiwilligen“ nicht mehr aus den Fingern.

Er wird auf Versammlungen vorgestellt, sein Bild erscheint mit irgendeinem patriotischen Ausspruch in der lokalen Zeitung und an seinem Arbeitsplatz befestigt man eine Tafel: „Ich werde den Ehrendienst in der KVP antreten!“

„Patenschaften“ als Köder

Hier setzt die SED einen ersten Köder an: Der Betrieb wird verpflichtet, über „seinem“ Rekruten die Patenschaft zu übernehmen. Er sammelt für das Feldpostpäckchen, schickt ihm Bücher und garantiert ihm die Rückkehr an den alten Arbeitsplatz.

Die Praxis: Ein halbes Jahr lang erhält der KVP-Soldat Schablonenbriefe seiner FDJ-Betriebsgruppenleitung, ein paar HO-Kekse und die Betriebszeitung. Dann schläft diese Korrespondenz mangels beiderseitigen Interesses lautlos ein. Und die Rückkehr an den alten Arbeitsplatz: Nur 30 Prozent aller aus der Kasernierten Volkspolizei Entlassenen finden — laut SED-Test —

Aufnahme im alten Betrieb. Die verzwickten Strukturpläne der volkseigenen Betriebe lassen eine solche Rücksicht — noch dazu auf drei Jahre Laufzeit — gar nicht zu.

Appell an die Eitelkeit

Bleibt der von den Werbern angesprochene Jugendliche standhaft, setzen die „psychologischen Methoden“ ein. Man versucht alles, um den Jungen als „feige“ und „unmännlich“ hinzustellen. Sämtliche FDJ-Mädchen müssen sich auffallend um jene bemühen, die unterschrieben haben. Funktionäre besuchen die Braut, Freundin oder die Eltern des sich Weigernden, damit diese Einfluß nehmen. Es sind Fälle bekannt, wo die der FDJ angehörenden Freundinnen solcher Jungen auf Versammlungen erklärten: „Mein Franz geht zur Kasernierten Volkspolizei und ich werde helfen, ihn im Betrieb mit zu vertreten!“

Sämtliche SED- und FDJ-Leitungen wurden angewiesen, solchen Mitteln mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der Druck auf die Jugendlichen wird damit noch gesteigert. Allerdings bei den Jugendlichen auch der Entschluß, sich keinesfalls dienstverpflichten zu lassen.

Die nicht leichte Aufgabe der Betroffenen wird es sein, sich rechtzeitig gerade unter ihren Freunden und Kollegen jene Unterstützung zu sichern, die die „psychologischen“ Pläne der Werber zunichte macht. Denn alle Jugendlichen müssen sich klar darüber sein: Wer heute seinen Freund oder Kollegen „in die KVP delegiert“, hat damit gleichzeitig die Verpflichtung übernommen, mit dem nächsten Schub Rekruten diesem Freund zu folgen.

J. B. Gradl

Dem Charakter treu

Am 16. Juni 1945 fand in Berlin-Westend, in der provisorischen Wohnung von Andreas Hermes in der Platanenallee, die entscheidende Zusammenkunft für die Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands statt. Als am 22. Juli im Theater am Schiffbauerdamm die Gründungskundgebung stattfand, wurde sie eröffnet mit dem mahnenen Ruf „trotz allem an Deutschland nicht zu verzagen“, sondern das Land wieder zu einem „Hort der Freiheit, der Gerechtigkeit, des Friedens, der Redlichkeit und der Ehre“ zu machen.

Das hört sich heute nicht wie etwas Besonderes an. Aber damals war sie etwas Besonderes, die Sprache des Gründungsaufrufes. Sie war kein Jargon des sofort mißbrauchten „Antifaschismus“. Sie war eine andere Sprache, die den Willen zum Neuen verband mit der Tradition sauberer deutscher Geschichte und Kultur.

Daß die CDU etwas wesentlich anderes war als das, was sich sonst im politischen Bereich bildete, das empfand auch die sowjetische Militäradministration und reagierte entsprechend. Es dauerte mehrere Wochen, bis am 11. Juli 1945 die sowjetische Militärbehörde durch Registrierung die notwendige Lizenz gab. Ihre Vorstellung war, daß die alten Parteien der Weimarer Republik wieder entstehen sollten, soweit sie links oder in der Mitte gestanden hatten, also von der KPD über SPD und Demokratische Partei bis zum Zentrum. In dieses Schema paßte die Christlich-Demokratische Union nicht.

Die Verschiedenheit der Besatzungsmethoden und der Verhältnisse führte dazu, daß sich die Entwicklung und Arbeit der Parteien in den deutschen Landesteilen sehr uneinheitlich gestaltete. Schwer war sie überall, aber das, was in Berlin und unter unmittelbarer Führung Berlins in der sowjetischen Besatzungszone entstand, hatte es besonders schwer. Es vollzog

sich von der ersten Stunde an im Widerstreit mit dem Willen der Sowjets, ihr Besatzungsgebiet kommunistisch umzuformen.

Wer damals politische Arbeit und Verantwortung nur außerhalb der sowjetischen Besatzungsgrenzen wahrzunehmen hatte, sogar wer sich nur um die drei Westsektoren Berlins zu kümmern hatte, der konnte im Grunde nicht verstehen, was an charakterlicher Härte, aber auch an taktischer Elastizität notwendig war und wieviel Mühe und Bitternis in Kauf genommen werden mußte. In jenen Jahren von 1945 bis 1947/48, bis zum Bruch mit der

Dann allerdings, als der kommunistische Wille auf Ganzes ging, als das ohnehin kümmerliche parlamentarisch-demokratische Leben durch „Volkskongreß“ und „progressive Blockpolitik“ gewaltsam erdrückt werden sollte, da kam die Stunde der Entscheidung. Gerade weil die Führung der Christlich-Demokratischen Union einen guten Namen hatte, legten die Sowjets und die SED so sehr Wert darauf, vor der Welt die eigenen bösen Absichten mit einer Zustimmung der CDU zu tarnen.

Es ist bekannt, daß damals die Führung der CDU unter

Vor zehn Jahren . . .

Im Juni 1945 — Berlin war noch alleiniges sowjetisches Besatzungsgebiet — konstituierten sich vier Parteien: die Kommunistische Partei bevorzugt als erste. Unmittelbar danach die Sozialdemokratische Partei, etwas später die Liberaldemokratische Partei und die Christlich-Demokratische Union. Keine dieser Gruppen, damals repräsentiert durch je einige Dutzend Männer und Frauen, wird sich ihren Weg so vorgestellt haben, wie er sich heute rückblickend zeigt.

Wenn man von Erfolgen sprechen darf, solange sich Erfolge auf einen Teil Deutschlands beschränken müssen, dann ist von diesen viere nur eine unbestreitbar erfolgreich gewesen, die Christlich-Demokratische Union. Ihr Name und der Name ihres Vorsitzenden, Konrad Adenauer, sind vor dem deutschen Volk und vor der Welt zu Inbegriffen freier deutscher Politik geworden.

Der Aufruf, der am 26. Juni 1945 erging, forderte auf zur Gründung der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Daß er in ganz Deutschland zündete, hat zwar viele Gründe. Aber nicht der geringste war die Tatsache, daß er von Berlin ausging, das auch damit seinen unauslöschlichen Charakter als Hauptstadt erwie.

so unbegreiflich falschen Deutschlandpolitik der damaligen sowjetischen Besatzungsgewalt, kam es darauf an, der deutschen Bevölkerung Widerstandskraft gegen den kommunistischen Willen zu geben und sie so lange wie möglich nicht allein zu lassen.

Dieser Vorsatz war keine Überheblichkeit. Es war mit dem Sitz der Parteizentrale im damals noch ungeteilten Berlin leichter, auch in der Zone zu widerstehen und aufzuhalten. Wenn einmal die Archive wieder zugänglich sein werden, dann wird sich zeigen, daß die Christlich-Demokratische Union jener Jahre in der sowjetischen Besatzungszone das für die Behauptung eines deutschen Willens getan hat, was überhaupt möglich war.

Jakob Kaiser und Ernst Lemmer genau so wie zwei Jahre zuvor unter Andreas Hermes und Walther Schreiber dem Charakter der Partei treu blieb. Die Sowjets waren gezwungen, vor aller Welt den wenige Wochen vorher legal gewählten Hauptvorstand der Partei abzusetzen.

Was heute in der sowjetischen Besatzungszone im Namen der christlichen Demokraten spricht, das hat mit ihnen in Wahrheit nichts zu tun. Das sind bloße Figuren, gesetzt und geschoben vom kommunistischen Willen. Wenn einmal der Weg zur Freiheit, zu freien Wahlen geöffnet wird, dann wird die alte und echte Christlich-Demokratische Union ihren gebührenden Platz auch von Eisenach bis Frankfurt/Oder, von Rostock bis Chemnitz wieder einnehmen.

Antwort an Moskau in kürzester Zeit

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung wird der Sowjetregierung auf die Einladung des Bundeskanzlers nach Moskau „in kürzester Zeit“ in einer Note antworten. Ein Regierungssprecher teilte mit, die Note werde der sowjetischen Regierung auf dem gleichen Wege übermittelt werden, wie die an die Bundesregierung übersandte, also über die Pariser Botschaften der beiden Staaten.

Der Bundeskanzler teilte mit, er beabsichtige, in der ersten Hälfte des Monats September Moskau zu besuchen. Der Zeitpunkt werde etwa zwischen dem Ende der Genfer Konferenz und dem Beginn der darauffolgenden Außenministerkonferenz liegen.

Zunächst 6000 Soldaten

Verteidigungsminister Blank vor der Presse

Bonn (Eigenmeldung). Bundesminister Blank, der zum erstenmal nach seiner Ernennung vor der Presse in Bonn erschien, erklärte, bis zum 31. März 1956 sollten nur etwa 6000 Soldaten eingestellt werden. Hierdurch soll zunächst folgendes erreicht werden:

1. Die Besetzung der Stellen in den internationalen Stäben, die nach den Verträgen für deutsche Offiziere vorgesehen sind.
2. Die Ausbildung deutscher Offiziere auf Militärakademien der NATO und der USA.
3. Die Schulung von Piloten für die künftige Luftwaffe und
4. die Vorbereitung der viermonatigen Eignungslehrgänge, die die Berufssoldaten absolvieren müssen, bevor sie endgültig in den Dienst übernommen werden.

„Internationalisierung“

Berlin (Eigenbericht). Das Schlagwort von einer möglichen „Internationalisierung Berlins“ ist von allen Seiten mit Empörung zurückgewiesen worden.

Bundesaußenminister v. Brentano erklärte in Berlin: „Wir werden niemals ein Gespräch über den Status Berlins führen, ohne diese Stadt konsul-

Bollwerk gegen Bolschewisierung

Eindrucksvolle Feierstunde der CDU

Berlin (Eigenbericht). Eine politische Veranstaltung von seltener Eindringlichkeit und Feierlichkeit wurde am Sonnabend in Westberlin durchgeführt: Die Exil-CDU der Sowjetzone und die Berliner CDU begingen den zehnten Jahrestag der Gründung der Partei. Diese zehnjährige Geschichte der CDU, die in Berlin unmittelbar nach dem Zusammenbruch ihren Anfang nahm, wurde von den Bundesministern Jakob Kaiser und Robert Tillmanns, dem Gründungsvorsitzenden Andreas Hermes, von dem ehemaligen Regierenden Bürgermeister Walther Schreiber und Ernst Lemmer dargestellt. Weitere grundlegende Ansprachen hielten Außenminister von Brentano und der ehemalige schleswig-holsteinische Ministerpräsident Theodor Steltzer.

Die Feierstunde wurde eröffnet durch Robert Tillmanns, der die zahlreichen Namen der Parteimitglieder verlas, die um ihrer Gesinnung willen in den letzten zehn Jahren ihr Leben lassen mußten, und wurde beendet mit einem verpflichtenden Bekenntnis Ernst Lemmers zu

den Lebenden im östlichen Machtbereich, für die das Prinzip der Einigkeit in Recht und Freiheit verwirklicht werden müsse.

In der gesamten Veranstaltung war, wie Lemmer abschließend feststellte, als leitender Gedanke „das Bekenntnis zur Unabdingbarkeit der Forderung aller Deutschen nach Wiederherstellung ihrer staatlichen Einheit spürbar“.

tiert zu haben und ohne mit ihrem Einverständnis zu handeln.“ Die Einbeziehung Berlins in das politische Geschehen des Bundes sei eine absolute Selbstverständlichkeit. „Die Internationalisierung dieser Stadt ist eine Frage, die nicht diskutiert wird.“

Anlässlich des Paris-Besuches des Berliner Regierenden Bürgermeisters hat Robert Schuman, der gegenwärtig die Geschäfte des französischen Außenministers führt, in Unterhaltungen „unmißverständlich“ zum Ausdruck gebracht, daß jede Art von Internationalisierung und Neutralisierung Berlins abgelehnt werde.

Haftbefehl

München (DPA). Das bayerische Oberste Landesgericht in München hat gegen den ehemaligen Rennfahrer Manfred von Brauchitsch, der sich in der Sowjetzone aufhält, und drei andere Funktionäre des von ihm geleiteten „Westdeutschen Komitees für Einheit und Freiheit im deutschen Sport“ Haftbefehle erlassen, weil sie nicht zur Verhandlung erschienen waren. Ihnen werden Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, Staatsgefährdung und Geheimbündelei vorgeworfen.

Andreas Hermes erinnerte daran, daß die Gründer der CDU sich von vornherein darüber klargewesen seien, eine Partei zu schaffen, die sich für den Aufbau des gesamten Deutschland verantwortlich fühle. Die ersten CDU-Ortsgruppen seien in der Sowjetzone entstanden. Schon daraus ergebe sich für die Partei die Notwendigkeit zur Wiedervereinigung. „Die Wiedervereinigung bleibt der Kompaß, der unserem politischen Handeln die Richtung weist.“

Jakob Kaiser erklärte rückblickend: „Sinn und Zweck dieser Jahre war jedenfalls, die sich ständig verstärkende Bolschewisierungswelle aufzuhalten. Zu diesem Zweck haben wir nicht nur Widerstand in Berlin geleistet, sondern wir haben alles getan, um den Widerstandsgestalt in der Zone zu stärken. Was das bedeutet, können nur die ermesen, die dort gewirkt haben.“ Kaiser gab einen Rückblick vor allem auf die kritische Zeit des Jahres 1947, als die Sowjets ein Weiterarbeiten der legalen CDU-Führung der Zone unmöglich machten und erklärte: „Wir wollen, wir müssen Wellenbrecher des Marxismus sein.“

Um die deutsche Einheit

Erklärungen der Außenminister

San Franzisko (AP/DPA). Auf der Gedenksitzung anlässlich des zehnjährigen Bestehens der UNO in San Franzisko haben die Außenminister der Großmächte in ihren Reden auch zur Deutschlandfrage Stellung genommen. Während der Westen dabei die Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands unterstrich, erwähnte Außenminister Molotow in seiner Rede die Wiedervereinigung mit keinem Wort.

Molotow hatte die Beendigung des kalten Krieges als wichtigste Voraussetzung für die Entspannung der internationalen Lage gefordert. Er legte ein 7-Punkte-Programm vor, in dem die Frage eines europäischen Sicherheitssystems und das Problem der Wiedervereinigung nicht angesprochen werden.

Dagegen schlug Molotow in Punkt 4 sogar vor: „Verständigung der vier Großmächte über den Abzug der Besatzungstruppen aus Deutschland, Schaffung begrenzter Polizeistreitkräfte in beiden Teilen Deutschlands unter internationaler Kontrolle.“

Später antwortete er auf Fragen in einer Pressekonferenz: „Die Sowjetunion ist der Ansicht, daß das Regime, das jetzt in Ostdeutschland vorherrscht, nicht auf ein vereinigt Deutschland ausgedehnt werden sollte. Gleichzeitig sollte sich auch das jetzt im westlichen Teil Deutschlands bestehende Regime nicht auf ein vereinigt Deutschland erstrecken. Die Frage, welches Regime ein vereinigt Deutschland haben sollte, muß von dem deutschen Volk selbst durch freie gesamtdeutsche Wahlen entschieden werden.“

Im Gegensatz zu Molotow stellte der französische Außenminister Pinay die Deutschlandfrage in den Mittelpunkt seiner Rede. Pinay schlug vor, das deutsche Problem im Rahmen eines gesamteuropäischen Sicherheitspaktes zu lösen. „Die deutsche Einheit muß unter Wahrung des Grundsatzes gleicher Sicherheit für alle wiederhergestellt werden. Wir müssen den falschen Gedanken an ein neutrales Deutschland aufgeben, das eines Tages zu einem überbewaffneten Deutschland werden könnte“, sagte er.

Der französische Außenminister fuhr fort, auch „die sinnlose Konzeption eines neutralisierten Deutschlands“ müsse aufgegeben werden, weil ein großes Volk nicht endlos einer

Treuhänderschaft unterworfen werden könne.

US-Außenminister Dulles erklärte: „Die Frage der deutschen Wiedervereinigung kann und muß gelöst werden, wenn wir den Prinzipien unserer Charta treu bleiben.“ Er stellte die Wiedervereinigung Deutschlands an die Spitze der internationalen Probleme und verurteilte zugleich mit der „unnatürlichen Teilung Deutschlands“ die „Verklavung der osteuropäischen Völker“.

Seit zehn Jahren, so fuhr er fort, sei ein Teil Deutschlands

von dem übrigen Lande abgetrennt. Diese Teilung eines großen Volkes bedeute ein schweres Unrecht. „Sie ist ein Übel, das nicht unbegrenzt verlängert werden kann, ohne mehr Übel zur Plage der Welt zu erzeugen.“

Der Außenminister führte dann die Hauptprobleme auf, die nach seiner Ansicht auf der Viermächtekonferenz erörtert werden sollten. Diese sind:

1. die Wiedervereinigung Deutschlands,
2. die Stellung der osteuropäischen Satellitenstaaten zu der UdSSR.
3. die „Gewaltanwendung und die Drohung der Gewaltanwendung“ von seiten des kommunistischen China in Korea, Indochina und Formosa,
4. die Aktionen des „Internationalen Kommunismus“,
5. die Abrüstung.

Weitgehende Einigung über Genf

Besprechungen über den Konferenz-Verlauf

San Franzisko (DPA). Die Außenminister der vier Großmächte haben sich in ihren ersten Besprechungen über die Abwicklung der Genfer Konferenz der vier Regierungschefs weitgehend geeinigt.

Wie verlautet, sieht der Plan der Westmächte vor, daß die vier Regierungschefs bei der Eröffnung der Beratungen je einen getrennten Überblick über die Weltlage geben, ohne zu versuchen, eine Tagesordnung festzulegen. Die Westmächte haben ferner vorgeschlagen, daß Präsident Eisenhower, der im Gegensatz zu seinen Gesprächspartnern nicht nur Regierungschef, sondern auch Staatschef ist, als erster den Konferenzvorsitz übernimmt.

Deutsche Delegation

Bonn (Eigenmeldung). Während der Genfer Konferenz wird die Bundesregierung in Genf durch eine Delegation des Auswärtigen Amtes vertreten sein, die aber nicht unmittelbar an den Verhandlungen teilnimmt.

Bundeskanzler Adenauer hat, wie ein Regierungssprecher mitteilte, bei seinen Besprechungen in Washington und London selbst davon abgesehen, um eine direkte Beteiligung an den Ver-

handlungen zu bitten. Man hätte sonst damit rechnen müssen, daß die Sowjetregierung auch eine Einladung Pankows verlangte.

Es liege aber auch im Interesse der Bundesregierung, alles zu vermeiden, was zu einer Verzögerung der Konferenz führen könnte. Der Sprecher fügte hinzu, es sei sichergestellt, daß die Bundesregierung bei der Genfer Konferenz im Gegensatz zur Berliner Konferenz von Anfang 1954 „nicht nur informiert, sondern auch konsultiert“ werde.

Treu zu Berlin

Chicago (DPA). US-Botschafter Conant versicherte in einer Rede in Chicago, daß die amerikanischen Streitkräfte in Berlin bleiben werden, bis es wieder die Hauptstadt eines in Freiheit und Frieden wiedervereinigten Deutschlands ist. „Alle Versuche der sowjetischen Stellen oder ihrer deutschen Marionetten, den gegenwärtigen Status Berlins zu verwässern oder die Bevölkerung unter Druck zu setzen, werden die amerikanische Regierung fest auf der Seite der Berliner finden.“

Moskau ist ein teures Pflaster

Plüsch in Stein gehauen — Stadt ohne Telefonbücher

Die westlichen Besucher, die Moskau mit dem Flugzeug anfliegen, erkennen bereits aus großer Ferne einen riesigen, weißen Wolkenkratzer. Wie ein gewaltiger Leuchtturm ragt er aus dem Häusermeer. Er gehört zur neuen Universitätsstadt auf den Leninbergen. Über eine fast 100 Meter breite Asphaltstraße befördert das Taxi den Reisenden in die Fünf-Millionen-Stadt. Der prominente Gast steigt im „Moskwa“-oder im pompösen „Sowjetskaja-Hotel“ ab, wo ein Appartement pro Nacht die Kleinigkeit von 100 Mark kostet. Man kommt auch in preiswerteren Hotels unter, aber billig sind sie alle nicht, denn die Hauptstadt der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist ein teures Pflaster.

Der Rote Platz und der Kreml entsprechen den Vorstellungen, die im Westen über Moskau im Umlauf sind. Moskau ist jedoch nicht mehr die Stadt der Zwiebeltürme und der Holzhäuschen, der Adelspaläste und des Kremles. Moskau ist eine moderne Stadt, wenn auch beileibe keine schöne. Man baut im großen Stil Kaufhäuser, Hotels und Universitäten, so, wie man es in Diktaturen gewohnt ist.

Dem westlichen Besucher freilich fröstelt es vor dieser „rüschenverzierten“ kalten Pracht, diesem Plüsch in Stein gehauen. Der Berliner hat schon durch die „Stalinallee“ des Ostsektors einen entsprechenden Vorgeschmack.

Superlative

Die Superlative übertreffen sich in dieser Stadt. Schon hat man die größte und höchste Universität errichtet und in der Lenin-Bibliothek mit ihren 17,2 Millionen Bänden die größte Bücherei der Welt gehortet. Seit 20 Jahren besitzt man die angeblich schönste U-Bahn der Welt. Und die Moskauer Stadtplaner sind mit ihren Zukunftsprojekten noch längst nicht am Ende.

Polizei überwacht Sauberkeit

Der Fremde ist immer wieder erstaunt über die Sauberkeit Moskaus. Kein Papierfetzen liegt auf der Straße; keine Zigarettenkippe, die nicht in kurzer Zeit von weiblichen Fegekolonnen beseitigt wird. An den Ausfallstraßen halten Polizisten jeden schmutzigen Wagen an, der in die Stadt will, und fordern den Fahrer auf, sein Fahrzeug zu säubern.

Und mit der sowjetischen Polizei ist nicht zu spaßen. Es dürfte auch keinem Russen einfallen, in die Moskauer Metro, das Protz- und Prunkstück der Hauptstadt, zu spucken. Drei Rubel Strafe würde ihn dieses Vergnügen kosten.

Stadt ohne Neonlicht

Moskau ist eine Stadt ohne Reklame. Nirgends sieht man Werbeschilder oder Leuchtreklamen wie in westeuropäischen Hauptstädten. Wozu auch? Der Warenvertrieb ist verstaatlicht und der Bedarf an Gebrauchsgegenständen so groß, daß der Unternehmer Staat keine Absatzorgane hat. Er bestimmt, was Luxus ist, und setzt entsprechend die Preise fest.

Ein Facharbeiter in den großen Moskauer Autowerken verdient ungefähr 1500 Rubel, das entspricht dem Preis eines Herrenanzugs mittlerer Qualität. Ein Student mit einem Staatsstipendium erhält rund 700 Rubel im Monat, dafür könnte sich eine Studentin drei Wäschegarnituren leisten. Die Moskauer Hausfrau zahlt für zwei Pfund Brot drei Rubel, für einen Liter Milch zwei Rubel, Rindfleisch ist verhältnismäßig billig, Wurst- und Fleischwaren sowie Fette sind sehr teuer.

Große Sprünge kann die Moskauer Hausfrau also nicht machen, es sei denn, daß der Ehemann dank seiner Staatsstellung einem Konsum angeschlossen ist, aus dem er verbilligte Waren beziehen kann. Niedrig sind auch die Mieten, die für eine Drei-Zimmer-Wohnung in den neuen Hochhaus-

blocks zwischen 45 und 60 Rubel liegen. Obwohl jährlich nach sowjetischer Darstellung mehr als 10 000 Wohnungen gebaut werden, geht die Zahl der Wohnungsuchenden in die Hunderttausende.

Arbeit und Pomp

Wie ein Schwamm saugt die Stadt die Menschen auf, die aus den Weiten Rußlands kommen. Und unbarmherzig zwingt Moskau die Menschen unter seine Knute. Da gibt es kein Flanieren auf den Boulevards, keine müßigen Caféhausgänger oder junge Damen auf Stöckelschuhen.

Moskau ist eine hart arbeitende Stadt. Die Studenten sind zweifellos die fleißigsten der Welt, die meisten studieren auf Staatskosten. Jedes Semester wird mit Prüfungen abgeschlossen und Vater Staat sperrt den Monatswechsel sehr schnell — die Landwirtschaft braucht ja immer Arbeitskräfte.

„Nur nicht auffallen“

Der Ausländer fällt in Moskau in jedem Fall durch seine Kleidung auf. Die Bewohner der sowjetischen Hauptstadt sind durchweg schlechter gekleidet. Die jahrzehntealte Devise „Nur nicht auffallen“ hat auch heute noch ihre Gültigkeit behalten. Die Frauen tragen billigste Konfektion, die nach westlichen Modevorstellungen völlig veraltet ist. Elegante Frauen sieht man nur in den Restaurants der teuren Hotels, die die einzige Form des Nachtlebens repräsentieren, denn Bars oder Nachtlokale im westlichen Stil gibt es im puritanischen Moskau nicht.

Die „Freizeit“ ist von Parteidienststellen und anderen Organisationen so organisiert, daß gar keine Zeit übrigbleibt.

Wer in Moskau telefonieren will und die Nummer nicht weiß, wird vergeblich in der Stadt nach einem Telefonbuch fahnden. Es gibt keins, angeblich weil sich die Adressen ständig verändern.

Die FDGB-Parade

Der SED gleichgeschaltet — Streikrecht liquidiert

In den Zeitungen der Sowjetzone werden seitenslang die Entschlüsse des FDGB-Kongresses veröffentlicht. Außer den Funktionären, denen Unwissenheit als Sabotage ausgelegt werden könnte, wird sicher niemand diese Entschlüsse lesen; denn was hier steht, sind Sprachregelungen der Moskauer Politik, die in ewiger Wiederkehr in jedem Teil der Sowjetpresse zu finden sind.

Wenn von Aufgaben der Gewerkschaften auf dem FDGB-Kongreß die Rede war, so mußten sich die Kongreßteilnehmer wie in einer Schulstube vorkommen, denn es regnete geradezu Ermahnungen. Forderungen der Arbeitnehmer zur Lohn- und Sozialpolitik waren überhaupt nicht zu hören.

Daß der FDGB an den Schutz der Arbeiter nicht mehr zu denken wagt, bestätigt Warnke mit der heuchlerisch erstaunten Frage: „Ist es nicht ein alarmierendes Zeichen, wenn bei Verhandlungen vor den Arbeitsgerichten manche Werkstätigen nicht von ihrer Gewerkschaft vertreten werden?“ Ja, so weit ist es mit dieser Organisation gekommen, daß sie nicht einmal mehr wagt, ihren Mitgliedern einen formalen Rechtsschutz zur Verfügung zu stellen.

Da ist es denn auch nicht zu verwundern, daß die Streik Klausel aus den Satzungen des FDGB endgültig verschwunden ist, nachdem in der Praxis an diesem Grundrecht der Arbeitnehmer sowieso schon lange nicht mehr gedacht wurde. Außerdem wurden die SED-Grundsätze für die Mitglieder des FDGB als verbindlich erklärt.

Die kommunistische Diktatur war von jeher ein Feind der Gewerkschaften, deren Kritik über die mangelhaften Ergebnisse des Systems sie stets zu fürchten hatte. Sie hat darum stets versucht, die Gewerkschaften in Gebilde zu verwandeln, die keine Gewerkschaften mehr sind.

Sowjet-Rot-Kreuz will antworten

Berlin (Eigenmeldung). Auf der Bundestagung des Deutschen Roten Kreuzes in Goslar teilte der Präsident Dr. Weitz mit, daß das Sowjetische Rote Kreuz in Kürze brieflich zu den Appellen des DRK auf Freilas-

Das schlechte Gewissen der Diktatoren hat dafür gesorgt, daß normale Gewerkschaftsthemen auf sogenannten Gewerkschaftskongressen überhaupt nicht mehr behandelt werden.

Im KdF-Stil wird dafür ein

Liquidierung des privaten Handels

Nur Einzelhandel noch nicht ganz beseitigt

Der Sowjetisierungsprozeß, von dem der Handel in der Ostzone betroffen wurde, hat den privaten Außenhandel völlig zum Erliegen gebracht. Der private Großhandel ist praktisch bedeutungslos. Lediglich die Liquidierung des privaten Einzelhandels ist noch nicht ganz abgeschlossen.

Er führt im ungleichen Wettbewerb mit den Konsumgenossenschaften und der HO ein kümmerliches Schattendasein. Sein Betriebsvermögen ist durch hohe Besteuerung, durch harte Preisstrafen und durch eine große Zahl von anderen Willkürmaßnahmen stark dezimiert worden. Die Rentabilität ist infolge der geringen Verdienstspannen, die bei Agenturverträgen mit der HO noch geteilt werden müssen, nicht gewährleistet.

Nach einer Statistik ergibt sich zum Stichtag 1. Januar 1954 eine Dezimierung des Großhandels in der Sowjetzone auf 9442 Betriebe gegenüber 23 464 im gleichen Gebiet am 7. Mai 1939. Das ist eine Abnahme um 19 027 Betriebe oder 67 Prozent. Während es 1939 noch 153 271 Einzelhandelsbetriebe und ambulante Unternehmen des Einzelhandels

Ersatz im Reisebetrieb und in den propagandistisch ausgerichteten Kulturveranstaltungen gesucht.

Außerdem wurden die Gewerkschaftsfunktionäre zu Aufpassern und Einpeitschern über die Arbeitskollegen im Betrieb gestellt. In den Werkstätten der Sowjet-Staaten gibt es längst keine Stelle mehr, an die sich ein Arbeiter wenden kann, wenn ihm von der Betriebsleitung ein Unrecht zugefügt wird; denn Arbeitgeber und FDGB sind identisch. Sie vertreten das Interesse der Staatsbürokratie.

gab, waren es Anfang 1954 nur noch 90 100. Die Zahl der privaten Gaststätten nahm von 47 869 auf 33 510 ab. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß in der Zone auch die privaten Handelsvertreter der volkseigenen Unternehmen als Großhändler gezählt werden, woraus sich die noch erstaunliche Zahl von 9442 Großhändlern erklärt.

Der Chefideologe der Zone, Oelsner, hat zwar im März dieses Jahres vor der Volkskammer als Beispiel für den immer noch „beachtlichen Anteil“ des kapitalistischen Sektors erklärt, daß in der Zone noch 126 örtliche Einkaufsgenossenschaften der Edeka beständen. Diese Angabe ist völlig irreführend. Die Edeka-Genossenschaften haben keine echte Großhandelsfunktion mehr.

Der Niedergang des Einzelhandels wird aus den wiedergegebenen Zahlen deutlich. Er fällt noch mehr auf, wenn man ihn mit der Entwicklung in der Bundesrepublik vergleicht. Dort stieg die Zahl der Einzelhandelsgeschäfte von 1939 bis 1950 um 18 Prozent. Während in Westdeutschland auf rund 160 Einwohner eine Verkaufsstelle des Einzelhandels entfällt, so kommt in der Zone erst auf 180 Personen ein privater Einzelhandelsbetrieb. Während der private Einzelhandel vor dem Krieg einen Umsatzanteil von etwa 86 Prozent hatte, wird er heute in der Zone auf allenfalls 30 Prozent geschätzt.

sung aller noch in der Sowjetunion festgehaltenen Deutschen Stellung nehmen werde. Die sowjetische Botschaft in Ostberlin habe am Sonnabend einen solchen Brief angekündigt.

Frankenberg sucht Offiziere

Militärpolitische Kampagne der NDPD

Seit Tagen erscheinen in einem Teil der Ostpresse offensichtlich gesteuerte Artikel mit militärpolitischer Tendenz. Betrachtungen über die Schlagkräftigkeit der sowjetischen und der US-Luftwaffe lösen sich mit Zahlenvergleichen über die in Europa einsatzbereiten Divisionen ab. Der Hintergrund: Eine Gruppe aus SED- und NDPD-Funktionären bereite auf höchster Ebene ein Zusammentreffen zwischen bei der Wiederbewaffnung der Bundesrepublik nicht benötigten Offizieren und Generalstäblern der Ostzonenwehrmacht vor. Daß es sich bei den Eingeladenen aus dem Westen zum größten Teil um höhere SS-Offiziere und politisch nicht tragbare Offiziere handelt, scheint die Kommunisten vorerst nicht zu stören. Zur Zeit finden vorbereitende Gespräche — zum Teil auf öffentlichen Konferenzen und Offizierstagen — statt.

Initiator ist der solcherart bereits mehrfach in Erscheinung getretene sowjetzonale Militärkommentator Egbert von Frankenberg. In mehr als tausend persönlichen Schreiben an in der Bundesrepublik lebende Offiziere hat Frankenberg versucht, eine „Widerstandsbewegung gegen die westdeutsche Remilitarisierung“ auf die Beine zu bringen.

Militär- „Fachleute“ sollen dann beweisen, daß die Sowjetarmee „viel besser bewaffnet“ ist, daß eine westdeutsche Verteidigungsarmee selbst im Rahmen der NATO keine Chancen habe und anderes mehr. Unter dem mysteriösen Pseudonym „Ein ehemals leitender deutscher Generalstabsoffizier“ gibt Frankenberg „Korrespondenzblätter“ heraus, in denen er diese Thesen durch zum Teil absurde Zahlenangaben zu beweisen sucht.

Ziel der von den Sowjets sorgfältig überwachten Kampagne ist die Schaffung eines neuen „Nationalkomitees Deutscher Offiziere“ unter dem Vorsitz des in der Sowjetzone lebenden Stalingrad-Feldmarschalls Paulus. Das Komitee spricht sich für eine „unabhängige, demokratische und den Zielen der Arbeiterbewegung dienende deutsche Nationalarmee“ aus, wobei in der nach Westen gerichteten Propaganda

das Wörtchen „den Zielen der Arbeiterbewegung dienend“ entfällt.

Ein nationalbolschewistisches Sumpfbüchlein, dem im geeigneten Zeitpunkt das Schicksal eines hingerichteten Sowjetmarschalls Tuchatschewski blüht, der solche Thesen 25 Jahre früher verfochten hat.

„Genosse Dostojewski“

Für ein nie begangenes Verbrechen verbrachte Dostojewski qualvolle Jahre in Sibirien. Aber sein Begräbnis wurde zum nationalen Ereignis. Sogar der Hof beteiligte sich.

Dann kamen die roten Zaren. Noch unter Lenin schätzte man die Schriften des „Proletarierliteraten“. Aber schon der „große Sprachwissenschaftler und Literaturforscher der Sowjetunion“ — Stalin nämlich — schien seine „Karamasoffs“ genauer verstanden zu haben; er fand das alles „zu mystisch“, also „ungeeignet für das russische Volk“, und seitdem lächelte man in den Zirkeln der Kolchosa-Poeten nur mitleidig über den „alten Patriarchen“. Der Großinquisitor mit dem georgischen Schnauzbart hatte den ehemaligen „Genossen Dostojewski“ erneut in die Verbannung geschickt.

KVP-Werbung bedroht Ernährung

Berlin (Eigenmeldung). Wie aus dem Zonen-Ministerium des Innern verlautet, hat das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft gefordert, die Werbung für die Kasernierte Volkspolizei (KVP) in den Landkrei-

sen einzustellen. Begründet wird dies mit dem katastrophalen Mangel an jugendlichen Landarbeitern, der die Versorgung der Bevölkerung in der Zone „ernstlich gefährdet“.

1000 Abitur-Kandidaten aus der Zone

Berlin (Eigenbericht). Etwa 4000 Schüler und Schülerinnen aus Ostberlin und aus der Sowjetzone nehmen augenblicklich am Unterricht in Westberliner Schulen teil. Davon stehen rund 1000 im 13. Schuljahr der Westberliner Wissenschaftlichen Oberschule, nachdem sie in ihrer engeren Heimat zwölf Schuljahre bis zum dortigen Abitur absolviert hatten.

Diese Schüler holen, da das Ost-Abitur auf den Hochschulen der freien Welt nicht anerkannt wird, in Westberlin das Abitur nach dem zusätzlichen 13. Schuljahr nach.

Die Westberliner Schulverwaltung rechnet Ende des Ost-Schuljahres im Herbst nach den bisherigen Anmeldungen mit insgesamt etwa 2000 weiteren Schülern aus der Sowjetzone.

Nun rüstet man wieder zum Staatsbegräbnis. Der Moskauer Rundfunk berichtet von Bestrebungen, den 75. Todestag des — immerhin — „beachtenswerten Schriftstellers“ im nächsten Jahr festlich zu begehen. Nebst Ausstellung und Neuausgabe seiner Werke. Fragt sich, welche Deutung man wohl den Reden des Starez Sossima geben will? Oder dem Schulbekenntnis des Raskolnikoff?

Getrost, Moskau wird alle Probleme lösen. Man macht in Tauwetter, die Wetterfahne steht auf West, und da erregt der politische Frühlingwind eben auch die Kultura-Bezirke. Wem sollte das nicht recht sein! Aber trau, schau, wem! Der sibirische Winter ist zäh. Und Wetterfahnen sind launisch.

Im Zeichen der Einheit..

Berlin (Eigenmeldung). Sowjetzonale Behörden haben das Motorschiff „Christel“, das mit Schrott auf dem Wege von Berlin nach Hamburg war, beschlagnahmt. Nach einer Erklärung der Kontrollorgane sei die Ladung zu 90 Prozent falsch deklariert gewesen. Die Zone hat seit Mai 72 500 DM West an Strafgeldern für Schiffstransporte mit Schrott einkassiert.

Auftakt der Filmfestspiele

31 Nationen am Kurfürstendamm

Berlin (Eigenbericht). Die V. Internationalen Filmfestspiele, die mit Fanfarenklang eröffnet worden sind, geben Berlin wieder ein besonderes Gepräge. Bei der Eröffnungsfeier in der Filmbühne Wien auf dem Kurfürstendamm in Anwesenheit der Bundesminister Dr. Schröder, Dr. v. Brentano und Kaiser sowie zahlreicher Ehrengäste aus dem In- und Ausland gab der Regierende Bürgermeister Prof. Suhr seiner Freude darüber Ausdruck, daß 31 Nationen diese Festspiele beschieden.

Vor den Festspielhäusern bot sich das gleiche Bild wie in den Vorjahren: flatternde Fahnen, Mauern von Menschen, Stars, überfüllte Vorgärten-Restaurants und über allem der Lichterglanz der neuen Bogenlampen des Kurfürstendamms.

Bei der Übergabe der Filmpreise an die Darstellerinnen und Darsteller, Vertreter der

Otto Wilhelm Fischer habe als bester Hauptdarsteller in „Ludwig II.“ nicht nur eine hervorragende psychologische Studie gegeben, sondern das Lebensgefühl einer Epoche anschaulich gemacht.

Therese Giehse habe als beste Hauptdarstellerin in „Kinder, Mütter und ein General“ schlicht, ergreifend und glaubwürdig eine Mutter dargestellt.

Freunde in der SBZ bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin - Charlottenburg 9, mitzuteilen.

Produktion, Regisseure und Drehbuchautoren, die von den Zuschauern lebhaft gefeiert wurden, gab Bundesminister Dr. Schröder bekannt, daß im kommenden Rechnungsjahr mehr Mittel als bisher für die Förderung künstlerisch und kulturell wertvoller Filme zur Verfügung stehen werden.

Die Bundesfilmpreise

Den Bundesfilmpreis 1954 erhielten diesmal die Schauspielerin Therese Giehse und der Schauspieler O. W. Fischer. Als beste Darsteller von Nebenrollen wurden Marianne Koch und Martin Held ausgezeichnet.

Dazu: Herbert Reinecker als bester Drehbuchautor, Alfred Weidenmann als bester Regisseur, Göran Strindberg als bester Kameramann.

Beste deutscher Spielfilm wurde „Canaris“.

In den Begründungen heißt es: Das Drehbuch von Herbert Reinecker für „Canaris“ rage hervor durch seinen geschlossenen dramatischen Aufbau und sehr gepflegten Dialog. Der Film „Canaris“ selbst greife ein Einzelschicksal auf und zeige eine ungewöhnlich künstlerische Geschlossenheit. Die Regie von Alfred Weidenmann (in „Canaris“) zeichne sich durch überlegene Führung der Darsteller aus.

700 Jahre Königsberg

In Berlin und im Bundesgebiet wurde am vergangenen Sonntag das 700jährige Bestehen der Stadt Königsberg gefeiert. 8000 der früheren 400 000 Einwohner der ostpreussischen Hauptstadt leben heute mit weiteren 22 000 Ostpreußen in Berlin. Auf der Eröffnungsveranstaltung der 700-Jahr-Feier in der Freien Universität sprach u. a. der letzte demokratisch gewählte Oberbürgermeister von Königsberg, Dr. Lohmeyer. Am Nachmittag fand eine Großveranstaltung in der Ostpreußenhalle am Funkturm statt.

Kirchliche Tagungen

Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland, die Ostkirchenkonferenz und die Kirchenkonferenz werden vom 6. bis 8. Juli in Berlin unter dem Vorsitz von Bischof D. Dibelius tagen.

Stiller Hafen, leere Straßen

Das 700jährige Königsberg heute

Von den historischen Bauten Königsbergs haben nur wenige den Krieg, vor allem die wochenlange Belagerung der Festung durch die Sowjets überstanden. Das Schloß, der Dom, die Universität und das Theater fielen bereits im August 1944 einem schweren Luftangriff zum Opfer. Das Kant-Grabmal vor dem Dom ist in den letzten Jahren von den Sowjets restauriert worden. Das ehemalige Schauspielhaus wurde nach dem Krieg zu einem Großkino ausgebaut, während die Oper noch immer eine Ruine ist.

Überhaupt gleicht die Innenstadt immer noch einer Ruinenlandschaft. Die Russen, die etwa 40 000 Zivilisten in Königsberg ansiedelten, wohnen hauptsächlich in den noch zum Teil erhaltenen Außenbezirken. Heute leben in Königsberg nur noch zehn Deutsche, alle anderen wurden in den Nachkriegsjahren ausgewiesen, verschleppt oder starben in Arbeitslagern. 120 000 Menschen waren bei der Kapitulation am 9. April 1945 noch in Königsberg. Bei der letzten amtlichen Bevölkerungszählung im Jahre 1939 hatte Königsberg 380 000 Einwohner.

Der Königsberger Hafen, den früher im Jahr etwa 4000

Schiffe anliefen und der einen Güterumschlag von rund 3,7 Millionen Tonnen hatte, liegt heute still. Die großen Getreidespeicher am Hafen stehen leer, nur Fischereifahrzeuge machen noch am Kai fest. Die einst weltbekannte Schichau-Werft nimmt heute nur kleinere Reparaturen vor.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2, Telefon: Sammel - Nr. 66 54 31.